

Politik

Johannes Varwick zur Friedensdemo: Eine Partei könnte vom Streit um Aufrüstung profitieren

Bis zu 35.000 Menschen protestierten am 3. Oktober gegen die Aufrüstung. Auch unser Autor sprach am Brandenburger Tor. Tags darauf sicherte Merz in Kiew weitere Ukraine-Hilfe zu. Was lässt sich aus den Protesten der 1980er Jahre lernen?

Von Johannes Varwick

05.10.2026



Diesen Artikel anhören



00:00 / 04:51 1X

[AI Voice by BotTalk](#)

War das ein Bonner Hofgarten-Moment ? In den 1980er Jahren demonstrierten im alten Westdeutschland bis zu 500.000 Menschen gegen atomare Aufrüstung. Zwar verhinderten sie die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der BRD nicht, prägten jedoch die öffentliche Debatte und wirkten in einen Prozess hinein, der 1987 mit dem INF-Vertrag doch zum Abbau der Mittelstreckenraketen führte.

Empfehlung der Woche

Buch

Event

Film

Ausste

Das deutsche Verlangen, den Krieg nach Russland zu tragen

Die damalige Bundesregierung änderte ihren Kurs nicht, die Bundestagswahl 1983 bestätigte die seit Oktober 1982 bestehende schwarz-gelbe Koalition mit Kanzler Helmut Kohl. Zugleich zog mit den Grünen erstmals eine Partei in den Bundestag, die – damals – deutlich für Abrüstung und gegen die Raketenstationierung stand und die gerade im Umfeld der Friedensbewegung erheblichen Zulauf bekam.

Kurzum: Die Demonstrationen waren umstritten und die dort vertretenen Positionen waren in den saturierten Milieus des damaligen Westens politisch nicht mehrheitsfähig, aber gesellschaftspolitisch durchaus einflussreich.

**Tomás Saraceno in collaboratio
Verwobene Welten**

Tomás Saraceno

Haus der Kunst
Prinzregentenstraße 1, 80538 München
Altstadt-Lehel

Vom 17.07.26 bis zum 07.02.2021

Zur Empfehlung

Wohlmeinend gezählt, demonstrierten jüngst am Tag der Deutschen Einheit in Berlin 20.000 und in Stuttgart 15.000 Menschen unter dem Motto „Nein zu Nachrüstung, Wehrpflicht und Krieg“. Fast 300 Organisationen, die sich zur Friedensbewegung zählen, hatten dazu aufgerufen, darunter die bundesweiten Dachverbände Bundesausschuss Friedensratschlag und Kooperation für den Frieden sowie Organisationen wie Pax Christi und die Kampagne „Nein zur Wehrpflicht“.

Das kann nicht im Interesse der Menschen liegen

Ich selbst habe auf der Demonstration am Brandenburger Tor in Berlin geredet. Meine Botschaft war: Die Verächtlichmachung von Diplomatie und Rüstungskontrolle zugunsten von Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit ist der falsche Weg, um auf die völkerrechtswidrige russische Aggression gegen die Ukraine zu reagieren. Die deutsche „Zeitenwende“ bringe eine gefährliche Militarisierung von Politik und Gesellschaft.

Vielmehr seien ernsthafte diplomatische Initiativen zur Eindämmung der Eskalation so notwendig wie möglich, statt den Krieg mit deutschen Waffen, deutschem Geld und politischer Rückendeckung aus Deutschland nach Russland zu tragen. Riskiert wird die stete Ausweitung einer gefährlichen Konfrontation mit einer Nuklearmacht. Das Drehen an einer solchen Eskalationsspirale kann nicht im Interes-

se der Menschen liegen. Nicht in Deutschland, nicht in Russland – auch nicht in der Ukraine, im Interesse eines maßgeblichen Teils der deutschen Politik scheint es hingegen sehr wohl zu liegen.

Was die Bundesregierung davon hält, einer wachsenden Kriegsgefahr Einhalt zu gebieten, zeigte die Rede von Kanzler Friedrich Merz zur Verleihung des Westfälischen Friedenspreises an die NATO soeben in Münster. Keinen Millimeter werde die Bundesregierung ihre Ukraine-Politik ändern. Auch der Kurs der Aufrüstung sei zwingend notwendig, um – so Merz – dem „gewalttätigen, expansiven Revisionismus Russlands“ etwas entgegenzusetzen.

Am Tag nach den Friedensdemonstrationen brach Merz nach Kiew auf, um dort die gleiche Botschaft zu übermitteln. Wenn „Russland nicht gestoppt werde, richte sich seine Kriegsmaschinerie früher oder später gegen uns“, so Merz in der ukrainischen Hauptstadt. Ohne die Fortführung der Unterstützung bekäme die Ukraine „keinen verhandelten, sondern einen diktierten Frieden.“

Die Alternative heißt nicht Waffen oder Unterwerfung

Am Brandenburger Tor hielt ich öffentlich dagegen: Man solle sich nicht einreden lassen, Verhandlungen seien Kapitulation oder Appeasement gegenüber einem Aggressor. Es gebe nicht nur die Wahl zwischen immer mehr Waffen oder Unterwerfung.

Gewiss lässt sich mit einem Bruchteil an Menschen kein neuer Hofgarten-Moment herbeidemonstrieren. Dass die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien CDU/CSU und SPD ihren Kurs ändern, kann ohnehin als ausgeschlossen gelten. Dass allerdings die wachsende Akzeptanz für die AfD durchaus etwas mit dem Verlassen von Maß und Mitte in der Sicherheitspolitik zu tun hat, sollte inzwischen ebenfalls als gesichert gelten.

Man habe „unsere Verteidigungsindustrie neu in Schwung gebracht“, so Merz in Münster. Zu welchem Preis, sagte er nicht. Nicht auszuschließen, dass der Unmut in weiten Teilen der Bevölkerung in dem Maße steigt, wie die Kosten der Aufrüstungsorgie und der Ukraine-Hilfen zu harten Konsequenzen bei den Ausgaben für Soziales führen.

Es braucht eine wirkliche Alternative für Deutschland

Das kann jetzt bereits jeder sehen, der sehen will. Zusammen mit den durch Umfragen erkennbaren Mehrheiten für diplomatische Initiativen und einer zunehmenden Skepsis gegen das eindimensionale Setzen auf immer mehr Waffenlieferungen kann womöglich auch ohne Hofgarten-Moment eine Richtungsänderung erzwungen werden. Dabei sollte die AfD nicht die Rolle der Grünen in den 1980er Jahren einnehmen. Dann lieber eine echte Friedensbewegung als eine wirkliche Alternative für Deutschland. **F**